Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1453. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 282. Sonnabend, 5. Dezember 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag gerklagt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Locarno und die Regierungskrise.

Unsere Unterhändler Dr. Luther und Dr. Stresemann sind jetzt von ihrer Londoner Reise nach Berlin zurückgekehrt. In ihrer amtlichen Stellung als Mitglieder der deutschen Regierung bleibt ihnen nicht mehr viel zu tun übrig. Der letzte Schritt, den sie noch zu tun haben, ist die offizielle Erklärung ihres Rücktrittes. Angesichts des jetzigen Wirrwarrs im Meinungsstreit der Parteien wäre es ein müßiges Beginnen, zur Zeit irgendwelche Kombinationen über die zukünftige Gestaltung des neuen Reichskabinetts zu machen. Herrn Dr. Luther wird in der nächsten Woche die nicht beneidenswerte Aufgabe zufallen, energische Fühlung mit den einzelnen Fraktionen zu nehmen, um zu versuchen, gestützt auf eine Mehrheit oder auch auf eine wohlwollende Neutralität des Reichstages eine Regierung aufzustellen, die ihr Arbeiten im Sinne des Locarno-Abkommens einstellen mußte. Ein großer Teil der deutschen Presse zögert nicht damit, schon jetzt positive Angaben zu machen, wie sich der Reichskanzler die Lösung dieser Aufgabe vorstellt. All diese Prophezeiungen entbehren jeder Grundlage. Keine der für die Regierung in Frage kommenden Parteien hat bis jetzt abschließend zur Regierungskrisis Stellung genommen. Keine der Parteien hätte es auch tun können, da, wie uns die Geschichte des deutschen nachrevolutionären Parlaments lehrt, solche wichtigen Fragen nur, man kann es nicht anders bezeichnen, durch einen Kuhhandel zwischen den einzelnen Fraktionen zu einer Klärung gebracht werden können. Und solch ein Kuhhandel braucht längere Verhandlungen; somit wird man sich noch einige Zeit bis zur Lösung gedulden müssen.

Nach gutem Recht und Sitte bleibt auch ein zurückgetretenes Kabinett solange im Amt, bis die neue Regierung die leer gewordene Stelle einnehmen kann. Herr Stresemann wird also noch eine geraume Zeit übrig haben, die deutschen Forderungen bei unseren Gegnern energisch durchzufechten. Sein Hauptziel dürfte sein, zu versuchen, zumindesten einen großen Teil seiner jetzigen deutschen Widersacher für den Gedanken von Locarno zu gewinnen. Er weiß genau, daß diese Kreise seiner auswärtigen Politik die Gefolgschaft versagen zu müssen glaubten, weil sie die sogenannten Rückwirkungen, die man dem deutschen Volke als Gegenleistung für Locarno auf den Tisch legte, nicht für genügend erachteten. Wir glauben uns nicht zu täuschen, Herr Dr. Stresemann hat sicherlich diese Ansicht in seinem tiefsten Innern nicht als unberechtigt bezeichnen können. Aber er hatte die Hoffnung, auf dieser neugeschaffenen Grundlage weiter aufbauen zu können und weitere Erleichterungen für die Zukunft des deutschen Volkes zu erzielen. Wie ernstlich Dr. Stresemann bemüht war, in diesem Sinne Erfolge zu schaffen, lehren die verschiedenen Interviews, die er in den letzten Tagen französischen und auch englischen Pressevertretern gab. „Nur", so äußerte er sich zu dem Vertreter des Petit Parisien, „wenn Großbritannien und Frankreich sich dazu entschließen würden, bis zu den letzten Konsequenzen den Weg von Locarno zu gehen, dann könnte der Pakt auch in Deutschland bei allen Parteien auf Sympathie stoßen." Eine doppelte Schwierigkeit für Herrn Stresemann. Erstens soll er vom deutschen Volke verlangen, seine Locarnopolitik zu unterstützen, zweitens soll er von unseren Gegnern all die Zugeständnisse herausholen, deren gänzliches Fehlen seine große Widersacherzahl in Deutschland erst geschaffen hat. Was kann er ihnen auch antworten, wenn sie fragen: „Wollen Großbritannien und Frankreich Deutschland wirklich als gleichberechtigt und als Freund betrachten, warum räumen sie nicht das deutsche Gebiet?" Das Blatt selbst, dem Dr. Stresemann das Interview gab, gibt die Antwort: „Der Pakt von Locarno ist abgeschlossen worden, um die bestehenden Verträge zu unterstützen, aber nicht, um ein Instrument zur Revision zu schaffen." Klarer kann wohl nicht die wirkliche französische Einstellung zum Locarnogedanken beleuchtet werden, wie gerade diese Feststellungen des Pariser Blattes.

Aus all dem Gesagten geht hervor, mit welchen Schwierigkeiten Dr. Stresemann noch zu kämpfen hätte, bis es ihm gelingen könnte, aus der ganzen Locarno-Affäre den Erfolg herauszuschälen, den man erwarten mußte. Sollte ihm wirklich ein solcher Erfolg beschieden sein, — wir wagen es nach der Sachlage ernstlich zu bezweifeln — so würde diese Tatsache außerordentlich beruhigend und klärend auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einwirken. Sollten sich die Deutschnationalen in ihren inneren Zweifeln an den Locarnogedanken wirklich angenehm getäuscht sehen, so würden sie, das sind wir gewiß, mit Freuden ihren Irrtum eingestehen. Die Trennungswand, die sich in so außerordentlich bedauernswerten Formen zwischen unseren beiden großen nationalen Parteien erhob, wäre damit wieder gesunken, der Weg zur Rechtskoalition wieder frei. Aber dies alles sind Hoffnungen, die vor der Hand leider aller realen Unterlagen entbehren. Herr Dr. Stresemann möge sie schaffen.

Neue Potsdamer Sensationsaffaire.

)(Berlin. Auf Ersuchen des Potsdamer Untersuchungsrichters wurde nach einer Korrespondenzmeldung der Rittmeister Hermann von Oppen in Berlin unter der Beschuldigung des Kreditschwindels, des Betrugs, der Wechselfälschung und des Heiratsschwindels in vier Fällen verhaftet. Rittmeister von Oppen soll u. a. auf falsche Wechsel für 10 000 Mark Wein, weiterhin drei wertvolle Pferde drücken sich verschafft haben, ohne sie zu bezahlen. Die Ware ließ er nach der Wohnung seiner zurzeit abwesenden Mutter in Potsdam, wo er aber nicht wohnte, schaffen und verkaufte sie sofort.

Das Reichskabinett zurückgetreten.

Berlin. (Funkspruch.) Amtlich. **Die Reichsregierung beschloß in der heutigen Sitzung einstimmig, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission zu überreichen. Der Reichskanzler wird heute nachmittag 6 Uhr vom Herrn Reichspräsidenten empfangen werden.**

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkspruch.) **Das Reichskabinett ist um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, in der noch über verschiedene offenstehende Fragen Beschluß gefaßt werden soll. Im Anschluß daran, wird den Zeitungen mitgeteilt, soll in einer Besprechung der Minister der Demissionsbeschluß gefaßt werden. Der Reichskanzler werde sich im Laufe des Nachmittags zum Reichspräsidenten begeben und ihm die Demission des Kabinetts unterbreiten. Die weiteren Entschließungen seien dem Reichspräsidenten vorbehalten. Es sei anzunehmen, daß dieser zunächst mit den Parteiführern in Fühlung treten werde.**

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Dem Reichstag ist von der **Fraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei** ein Abänderungsantrag zur 3. Beratung des Etatsgesetzes für 1925 zugegangen, nach dem die Reichsregierung ersucht werden soll, daß **an allen von der Reichspost zu anderen Verwaltungen übergetretenen ehemaligen Postbeamten jede Benachteiligung wieder ausgeglichen wird,** die dadurch entstanden ist, daß die im sogenannten Drei-Minister-Erlaß gegebenen Zusagen nicht erfüllt sind, und dazu eine **Summe von 800 000 Mark eingesetzt** wird. Ferner soll den Beamten der Rücktritt in ihre früheren Verwaltungen gestattet sein.

Ein Antrag Ludendorff und Genossen ersucht den Reichstag, **200 Millionen für niedrig verzinslichen Ankaufskredit zur Beschaffung von Siedlungsland östlich der Elbe** zur Errichtung von Kleinbauern-, ländlichen Handwerker- und Landarbeiterstellen in den Etat einzustellen.

Kammerdebatte über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

)(Paris. Die Kammer hat die Generaldiskussion über das Budget des Ministers des Innern, deren Beginn gemeldet wurde, da der Minister nicht anwesend war, alsbald unterbrochen, um zur Generaldiskussion über das Budget des Handelsministers überzugehen. Im Verlaufe der Debatte erklärte der radikale Abg. Jean, **der neue deutsche Zolltarif behindere die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte Frankreichs nach Deutschland.** Ein modus vivendi mit Deutschland sei deshalb anzustreben. Die Regierung müsse die Verhandlungen mit Deutschland unverzüglich wieder aufnehmen. Handelsminister Daniel Vincent erklärte, über die Frage des französisch-deutschen Handelsabkommens solle, sobald der zuständige Kammerausschuß sich hierüber ausgesprochen habe, debattiert werden. Er wolle alsdann auf alle Anregungen hinsichtlich der deutsch-französischen Handelsbeziehungen im einzelnen antworten. **Gegen die bemängelte Erhöhung der deutschen Zölle auf landwirtschaftliche Produkte Frankreichs habe die französische Regierung protestiert.** Die deutsche Regierung habe geantwortet, daß es nicht möglich sei, Frankreich in diesem besonderen Falle entgegenzukommen, solange nicht ein allgemeines Abkommen abgeschlossen sei, das im übrigen vom Parlament ratifiziert werden müßte. Der Handelsminister schloß, es geschehe alles, um den Abschluß eines Handelsabkommens mit Deutschland zu beschleunigen. Die Regierung werde sich um das Zustandekommen eines Sonderabkommens vor Abschluß eines allgemeinen Handelsvertrages über die Einfuhr von französischen Gemüsen und Früchten nach Deutschland bemühen. Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Die Kontrollkommission im neuen Gewand.

Wie jetzt bekannt wird, sollen die interalliierten Militärkontrollkommissionen bis Ende des Jahres einen größeren Abbau ihrer Mitglieder beabsichtigen. Immerhin sollen noch 30—40 Grenzoffiziere mit einem größeren Begleitpersonal in Deutschland verbleiben. Als ihre Hauptaufgabe bezeichnen sie es, Feststellungen über die großen Industriezerstörungen zu machen, die eine der Gegenleistungen bilden, die die deutsche Regierung für die Räumung Kölns zugesagt hatte. Es wird zwar behauptet, daß die Kontrollmitglieder bis Ende Februar Deutschland verlassen haben werden. Nach all den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren zu machen gezwungen waren, darf man jedoch dieser hoffnungsvollen Mitteilung nur mit größter Skepsis begegnen. Es gibt da bekanntlich einen Investigationsbeschluß des Völkerbundes. Gemäß diesem famosen Beschlusse ist es anzunehmen, daß diese fremden Kontrolloffiziere dann unter einer anderen Dienstbezeichnung wiederkehren, nicht mehr als Mitglieder der interalliierten Militärkommission, sondern als Angehörige der Investigationskommission des Völkerbundes. Ein anderes Mäntelchen um die gleiche Sache. Ob es der Reichsregierung gelingen wird, nach Eintritt in den Völkerbund eine Revision des Investigationsbeschlusses zu erreichen, ist stark zu bezweifeln. Irgendwelche Druckmittel, eine solche Erleichterung zu erreichen, haben wir ja nicht in der Hand.

Keine Konferenz in Paris.

Die Londoner Meldung, daß als Fortsetzung der Besprechungen in London gelegentlich der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages im Februar eine neue Konferenz in Paris stattfinden solle, wird als unzutreffend bezeichnet. Es würden vielmehr in den in Betracht kommenden europäischen Hauptstädten, also auch in Berlin, Verhandlungen geführt werden, die eine Sonderkonferenz überflüssig machten. Im Verlaufe dieser Verhandlungen könnte sich möglicherweise ergeben, daß der deutsche Außenminister mit dem französischen Ministerpräsidenten in Paris zusammentreffe. Zurzeit liegt jedoch kein Anlaß zu einer Reise Dr. Stresemanns nach Paris vor. Nach der Rückkehr des Reichskommissars für die besetzten Gebiete würden in Koblenz Besprechungen über die noch strittigen Rheinlandfragen aufgenommen werden. Was die Bestimmungen für die deutsche Luftfahrt betrifft, so glauben mehrere Blätter, daß die in Paris vorgesehenen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen dürften.

Was ist mit Dr. Geßler?

Berlin. Die politische Oeffentlichkeit beginnt sich immer mehr mit der Person des Reichswehrministers Dr. Geßler zu beschäftigen, von dem gemeldet worden war, daß er dem Reichspräsidenten erklärt habe, er wünsche in dem neuen Reichskabinett nicht mehr mit dem Amt des Reichswehrministers betraut zu werden. Trotzdem diese Meldung von amtlicher Seite dementiert worden ist, steht es für die maßgebenden parlamentarischen Führer fest, daß Dr. **Geßler tatsächlich entschlossen ist, nicht wieder die Leitung des Reichswehrministeriums zu übernehmen.** Vielmehr sei zu erwarten, daß das Reichswehrministerium bei der Neubildung des Kabinetts durch einen anderen Parlamentarier besetzt werden wird.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Bericht der Untersuchungskommission über den griechisch-bulgarischen Konflikt.

)(Genf. Der Bericht der Untersuchungskommission über den Grenzkonflikt zwischen Griechenland und Bulgarien umfaßt ungefähr 15 Seiten. In Bezug auf die Verantwortlichkeit und die daraus sich ergebende Ersatzpflicht stellt die Kommission fest, daß die bulgarische Regierung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbundspaktes gehandelt, während die griechische Regierung in der militärischen Besetzung bulgarischer Gebietsteile den Völkerbundspakt verletzt hat. Hieraus ergibt sich nach Ansicht der Kommission: daß die griechischen Ersatzforderungen mit Ausnahme der Ansprüche wegen des in seiner Funktion als Parlamentär geübten griechischen Hauptmanns abgelehnt werden müssen und daß die griech. Regierung zur Wiedergutmachung verpflichtet ist. Die Kommission hält es für angemessen, daß Griechenland an Bulgarien für Verluste a) materieller Art 30 Millionen Leva, und b) moralischer Art 10 Millionen Leva zahlt.

Der letzte Teil des Berichtes enthält eine Reihe Vorschläge militärischer und politischer Natur. Die militärischen Vorschläge beziehen sich auf Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Grenzkonflikte durch Entfernung der beiderseitigen Grenzposten von einander und durch Schaffung einer Schlichtungskommission unter Vorsitz einer neutralen Persönlichkeit. Die politischen Vorschläge betreffen den Austausch der griechischen und bulgarischen Bevölkerung und die Abfindung der aus Griechenland geflüchteten Personen bulgarischer Abstammung. Zum Schluß wird es als im Interesse des Rates liegend bezeichnet, wenn er die beiden Regierungen ersuchte, ihn genügend oft über die in der Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen erzielten Fortschritte auf dem laufenden zu halten.

Schweres Brandunglück bei Frankfurt a. M.

Gestern mittag geriet auf bisher ungeklärte Weise der zweite Holzbau der Feuerwerksfabrik Friedrich Sturm bei Neu-Isenburg in Brand. Die im Raume lagernden Rohmaterialien brannten sofort lichterloh. Die anderen drei zum Werke gehörenden Bauten wurden vom Feuer nicht ergriffen. Zahlreiche junge Mädchen und Arbeiter im Alter von 16 bis 20 Jahren sind mehr oder weniger schwer verletzt. Bisher wurden zwei oder drei Tote und sechs Schwerverletzte festgestellt. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus. Man nimmt an, daß der Brand durch Fahrlässigkeit entstanden ist. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr den Brand löschen.